

Herausgegeben im Auftrag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät  
der Universität Zürich von S.K. Alexander, R. Arnet, P. Breitschmid, A. Büchler,  
H.C. von der Crone, A. Heinemann, H. Heiss, R.M. Hilty, C. Huguenin, D. Jakob,  
P. Nobel, W. Portmann, A.K. Schnyder, R. Sethe, H.U. Vogt, R.H. Weber

Philip Mani

# Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXVII
Literaturverzeichnis .....	XXXIII
Kant. Inkassohilfe- und Bevorschussungserlasse .....	XLIX
<b>Teil 1: Grundlagen.....</b>	<b>1</b>
<b>Kapitel 1: Struktur der Inkassohilfe.....</b>	<b>3</b>
I. Einleitende Bemerkungen	3
II. Ausgestaltung	5
1. In materieller Hinsicht.....	5
2. In praktischer Hinsicht .....	6
3. In organisatorischer Hinsicht.....	7
4. Kostenlosigkeit.....	7
5. Gesuchstellung .....	8
III. Abgrenzungen	9
1. Zum verwaltungsrechtlichen Vertrag .....	9
2. Zum Auftrag.....	9
3. Zu Anweisung und Inkassozeession .....	10
4. Zur Beistandschaft.....	11
5. Zur Mediation.....	11
6. Zur Bevorschussung .....	11
IV. Terminologie	12
1. Unterhaltsanspruch, Beitragspflicht .....	12
2. Rechtstitel, laufende Verpflichtung, Rückstände .....	13
3. Unterhaltsberechtigte, Pflichtige, Gesuchstellende .....	13
4. Teilbevorschussung.....	13

V.	Voraussetzungen	14
1.	Vernachlässigung der Beitragspflicht.....	14
2.	Rückstandsdauer.....	15
3.	Einschränkungs- und Verweigerungsgründe.....	16
3.1	Verhältnismässigkeit.....	16
3.2	Missbräuchliches Einfordern von Unterhaltsbeiträgen.....	16
3.3	Kantonale Verweigerungstatbestände.....	17
VI.	Inhalt der Inkassohilfe	17
1.	Aufgaben der Inkassohilfestelle.....	17
1.1	Auskunftserteilung und Beratung allgemein.....	17
1.2	Aktenführung, Sachverhaltsabklärungen.....	18
1.3	Erarbeitung von Vergleichsvorschlägen.....	18
1.4	Einleitung von Zwangsmassnahmen.....	18
1.5	Entgegennahme und Weiterleitung von Zahlungen.....	19
1.6	Sicherung von Rückständen.....	19
1.7	Informationspflichten.....	19
2.	Rechte und Pflichten der Gesuchstellenden.....	20
2.1	Mitwirkung.....	20
2.2	Rechenschaftsablage und Einsicht.....	21
2.3	Kontrolle der behördlichen Handlungen.....	21
3.	Rechte und Pflichten der Verpflichteten.....	22
3.1	Mitwirkung.....	22
3.2	Einsicht.....	22
4.	Beendigung.....	22
4.1	Einstellungsgründe.....	22
a	Wegfall einer Voraussetzung oder Zuständigkeit.....	22
b	Parallelhandlungen, Verletzungen der Mitwirkungspflicht.....	23
c	Widerruf.....	23
d	Fehlen erforderlicher Informationen.....	24
e	Nichtleisten von Kosten oder Vorschüssen.....	24
4.2	Rechtsfolgen der Einstellung.....	24
VII.	Spezialfälle	25
1.	Einleitende Bemerkungen.....	25
2.	Vertretung in Festlegungs- oder Abänderungsverfahren.....	25
3.	Vertretung in Editions- und Exequaturverfahren.....	25
4.	Güterrechtliche Ansprüche oder Ansprüche aus beruflicher Vorsorge.....	26
5.	Kinderzulagen und Sozialversicherungsrenten.....	27

6. Ersatzforderungen aufgrund Mehrleistungen .....	27
7. Ausserordentliche Unterhaltsbeiträge.....	27
8. Abfindungsverträge, Verträge ohne Rechtspflicht, freiwillig erbrachte Unterhaltsleistungen.....	28
9. Private Ehegattenunterhaltsvereinbarungen .....	28
10. Unterhaltsbeiträge während des Zusammenlebens.....	29
11. Ansprüche der unverheirateten Mutter .....	29
12. Pflegegeldvereinbarungen .....	29
VIII. De lege ferenda .....	29
1. Rückstände ohne laufende Unterhaltspflicht.....	29
2. Erhöhung der bundesrechtlichen Regelungsdichte.....	30
<b>Kapitel 2: Struktur der internationalen Inkassohilfe.....</b>	<b>33</b>
I.    Einleitende Bemerkungen .....	33
II.   Fallgruppen .....	34
1. Unterhaltsberechtigter Partei mit Wohnsitz im Ausland / verpflichtete Partei mit Wohnsitz in der Schweiz .....	34
2. Unterhaltsberechtigter Partei mit Wohnsitz in der Schweiz / verpflichtete Partei mit Wohnsitz im Ausland.....	34
3. Verpflichtete Partei mit Wohnsitz im Ausland / inländischer Rechtstitel wird im Ausland nicht anerkannt .....	34
4. Exkurs: Unterhaltsberechtigter und verpflichtete Partei mit Wohnsitz in der Schweiz / Rechtstitel stammt aus dem Ausland .....	35
III.  Rechtshilfeabkommen .....	35
1. New Yorker Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen von 1956 .....	35
2. Bilaterale Abkommen mit den USA und kanadischen Provinzen .....	36
IV.   Vollstreckungsabkommen .....	37
1. Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen vom 2. Oktober 1973 und 15. April 1958 .....	37
2. Lugano Übereinkommen vom 30. Oktober 2007.....	38
V.    Weitere Abkommen .....	38
1. Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht vom 2. Oktober 1973 .....	38
2. Haager Übereinkommen über die Zustellung von gerichtlichen Schriftstücken vom 15. November 1965 .....	39
3. New Yorker Übereinkommen vom 20. November 1989.....	40

4. Exkurs: EU-Unterhaltsverordnung vom 18. Dezember 2008.....	40
5. Exkurs: Haager Übereinkommen über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen vom 23. November 2007 .....	41
VI. Kostentragung .....	42
1. Tätigkeit der Inkassohilfebehörden .....	42
2. Verfahrenskosten und Barauslagen .....	42
VII. New Yorker Übereinkommen vom 20. Juni 1956 im Einzelnen .....	43
1. Einleitende Bemerkungen .....	43
2. Örtlicher Anwendungsbereich.....	44
3. Personeller Anwendungsbereich .....	45
4. Umsetzung in der Schweiz.....	46
4.1 Bundesamt für Justiz als Zentralstelle .....	46
4.2 Gesuchsunterlagen.....	47
5. Aufgaben der Empfangsstellen.....	47
6. Erfahrungen mit dem NYÜ 56 .....	48
6.1 Allgemein .....	48
6.2 Besonderheiten in den einzelnen Mitgliedsstaaten .....	48
<b>Kapitel 3: Struktur des Bevorschussungswesens .....</b>	<b>51</b>
I. Einleitende Bemerkungen .....	51
II. Ausgestaltung in der Schweiz .....	52
1. Gesetzliche Grundlagen .....	52
2. Historisches .....	53
3. Kantonale Unterschiede .....	53
4. Rechtsvergleichung mit Deutschland und Österreich.....	54
5. Abgrenzung zur Sozialhilfe.....	55
III. Voraussetzungen .....	56
1. Vernachlässigung der Unterhaltspflicht .....	56
2. Bedürftigkeit .....	56
3. Exkurs: Einbringlichkeit.....	57
4. Nichtvorhandensein eines Ausschlussgrundes .....	58
5. Einzelfragen .....	59
5.1 Unterhaltsverträge zwischen volljährigen Kindern und ihren Eltern....	59
5.2 Familien- und Ausbildungszulagen .....	59
5.3 Schweizerischer Rechtstitel wird im Ausland nicht anerkannt.....	60

5.4 Bevorschussung während laufendem Abänderungsverfahren .....	60
5.5 Indirekt festgelegte Unterhaltsbeiträge .....	60
5.6 Zwei Rechtstitel zugunsten der gleichen Person .....	60
IV. Geltendmachung des Anspruchs .....	61
1. Zuständigkeit und Karenzfrist .....	61
2. Anspruchsberechtigung und Gesuchstellung .....	61
3. Entscheid und Überprüfung .....	62
4. Umfang des Bevorschussungsanspruchs .....	64
5. Rechte und Pflichten der Gesuchstellenden .....	64
5.1 Mitwirkung .....	64
5.2 Einsicht .....	65
6. Rechte und Pflichten der Verpflichteten .....	66
V. Auszahlung und Verwendung eingehender Zahlungen .....	66
1. Auszahlung an die Gesuchstellenden oder Dritte .....	66
2. Zahlungen des Pflichtigen .....	67
VI. Einstellungsgründe .....	67
VII. Legalzession des Unterhaltsanspruchs .....	68
1. Ausgestaltung .....	68
1.1 Zweck und Entstehung .....	68
1.2 Voraussetzungen .....	68
1.3 Notifikation .....	69
2. Auswirkungen im Bevorschussungsbereich .....	69
2.1 Umfang und Rechtsfolgen .....	69
2.2 Abänderung von Unterhaltsbeiträgen durch das Gemeinwesen .....	71
2.3 Rückzession des Unterhaltsanspruchs .....	73
2.4 Prozessuales .....	74
VIII. Rückerstattung .....	75
1. Abgrenzung zur Beitragspflicht .....	75
2. Rückerstattung durch die Gesuchstellenden .....	75
2.1 Bei rechtmässigem Bezug .....	75
2.2 Bei unrechtmässigem Bezug .....	76
2.3 Spezialfall: Nichteinreichen von Überprüfungsunterlagen .....	77
2.4 Exkurs: Tilgung durch Verrechnung .....	78
3. Verjährung .....	79
3.1 Rückerstattungsforderungen gegen Gesuchstellende .....	79
3.2 Unterbrechung und Stillstand .....	80
3.3 Beachtung von Amtes wegen .....	81

IX. Einzelfragen	81
1. Abtretbarkeit .....	81
2. Pfändbarkeit .....	81
3. Zweckentfremdung.....	82
4. Rechtsschutz / Rechtsmittel.....	82
5. Steuerrechtliche Behandlung.....	82
6. Vereinheitlichung des Bevorschussungswesens.....	83
6.1 Ausgangslage .....	83
6.2 Pro und contra .....	83
<b>Kapitel 4: Verantwortlichkeit.....</b>	<b>87</b>
I. Einleitende Bemerkungen	87
II. Gesetzliche Ausgestaltung	88
1. Bund und Kantone.....	88
2. Externe und interne Haftung .....	88
3. Im Kanton Zürich .....	89
III. Voraussetzungen	89
1. Schaden in Ausübung amtlicher Verrichtung.....	89
2. Widerrechtlichkeit .....	90
2.1 Bei Vermögensschäden allgemein.....	90
2.2 Auswirkungen im Inkassohilfereich .....	91
2.3 Auswirkungen im Bevorschussungsbereich .....	91
3. Kausalzusammenhang und Verschulden .....	92
4. Umfang des Schadenersatzes und Reduktionsgründe .....	92
5. Verjährung, Verwirkung und Geltendmachung .....	93
6. Exkurs: Haftung für Falschankünfte .....	94
<b>Teil 2: Probleme und Einzelfragen im Kontext der Inkassohilfe- und Bevorschussungsvoraussetzungen .....</b>	<b>95</b>
<b>Kapitel 5: Rechtstitel .....</b>	<b>97</b>
I. Einleitende Bemerkungen	97
II. Formelle Kriterien	98
1. Echtheit, Vollständigkeit, Übersetzung.....	98
2. Rechtskraft .....	98
2.1 Vollstreckbarkeitsbescheinigung.....	98

2.2 Exkurs: Formelle Rechtskraft und vorläufige Vollstreckbarkeit .....	99
3. Gültigkeit, Aktualität.....	100
4. Nichtigkeit von Rechtstiteln .....	101
III. Besonderheiten bei Rechtstiteln .....	101
1. Entscheide betr. vorsorglicher Massnahmen .....	101
2. Eheschutzmassnahmen.....	101
3. Scheidungsurteile .....	102
4. Unterhaltsurteile .....	102
5. Unterhaltsverträge .....	103
5.1 Abschluss und Vollstreckbarkeit .....	103
5.2 Entfaltung der betriebsrechtlichen Wirkungen .....	103
5.3 Unterhaltsvertrag und nachträglicher Eheschluss .....	104
5.4 Unterhaltsverträge und Fremdplatzierung .....	104
IV. Anerkennung ausländischer Rechtstitel .....	105
1. Einleitende Bemerkungen .....	105
2. Rangordnung der Anerkennungsregeln .....	106
3. Exkurs: private Unterhaltsvereinbarungen .....	107
4. Anerkennung nach dem Lugano Übereinkommen von 2007 .....	107
4.1 Anwendungsbereich .....	107
4.2 Exkurs: vorsorgliche Massnahmen.....	108
4.3 Voraussetzungen im Einzelnen .....	108
a Kein Verstoss gegen den Ordre public .....	108
b Exkurs: Abwesenheitsurteile .....	109
c Rechtskraft und Unvereinbarkeit.....	110
5. Anerkennung nach dem Haager Übereinkommen vom 2. Oktober 1973 .....	110
5.1 Anwendungsbereich .....	110
5.2 Voraussetzungen .....	111
a Indirekte Zuständigkeit.....	111
b Rechtskraft.....	112
c Kein Verstoss gegen den Ordre public .....	112
d Exkurs: Abwesenheitsurteile .....	112
e Weitere Anerkennungshindernisse .....	113
6. Anerkennung nach dem Haager Übereinkommen von 1958 .....	113
7. Kombination von LugÜ und HVÜ 73 .....	114
8. Anerkennung nach IPRG.....	115
8.1 Allgemeines.....	115
8.2 Voraussetzungen .....	115



a	Indirekte Zuständigkeit.....	115
b	Kein Verstoß gegen den Ordre public .....	115
c	Endgültigkeit .....	116
d	Unvereinbarkeit .....	116
9.	Praxisbeispiel: Weiterbestand vorsorglicher Massnahmen trotz Vorliegen eines bosnischen Scheidungsurteils.....	117
9.1	Ausgangslage .....	117
9.2	Lösungsansatz .....	117
<b>Kapitel 6: Wohnsitz.....</b>	<b>121</b>	
I.	Einleitende Bemerkungen	121
II.	Gesetzliche Ausgestaltung	121
III.	Anwendungsfälle	122
1.	Personen ohne Wohnsitz .....	122
2.	Anstaltsaufenthalte .....	123
3.	Minderjährige.....	123
4.	Exkurs: Wochenaufenthalter .....	124
IV.	Verhältnisse mit Auslandsbezug	124
1.	Anwendbares Recht.....	124
2.	Aufenthaltsbewilligung und Wohnsitz .....	125
<b>Kapitel 7: Die Beitragsforderung im Allgemeinen .....</b>	<b>127</b>	
I.	Einleitende Bemerkungen	127
II.	Allgemeines	127
1.	Stammrecht und Beitragsforderung.....	127
2.	Exkurs: Freiwillig erbrachte Unterhaltsleistungen .....	127
III.	Titulierter Unterhalt	128
1.	Fälligkeit und Beginn der Beitragspflicht .....	128
2.	Exkurs: Stundung .....	129
3.	Indexierung .....	129
4.	Automatische Anpassung von Beitragspflichten.....	130
5.	Erfüllung der Beitragsforderung.....	130
5.1	Durch den Verpflichteten .....	130
5.2	Dritterfüllung.....	131
6.	Verwendung und Anrechnung von Zahlungen.....	132
6.1	Gesetzliche Ausgestaltung.....	132
6.2	Möglichkeiten im Rahmen der Inkassohilfe.....	132

6.3 Überweisungen im Rahmen der Zwangsvollstreckung .....	133
7. Verzug und Verzugszinsen.....	133
8. Verrechnung.....	134
8.1 Im Allgemeinen.....	134
8.2 Spezialfall: Mietzinsforderungen .....	134
9. Verjährung.....	135
9.1 Fristen.....	135
9.2 Unterbrechungsgründe .....	136
9.3 Exkurs: Untitulierter Unterhalt.....	137
9.4 Stillstand.....	138
a Kinderunterhaltsbeiträge .....	138
b Ehegatten- und Partnerunterhaltsbeiträge .....	138
c Pflichtiger mit Wohnsitz im Ausland oder unbekanntem Aufenthalt .....	139
9.5 Prozessuales .....	140
10. Privilegien in der Zwangsvollstreckung .....	140
<b>Kapitel 8: Die Beitragsforderung des Kindes im Besonderen .....</b>	<b>141</b>
I. Einleitende Bemerkungen .....	141
II. Titulierter Kindesunterhalt .....	142
1. Gläubigerstellung .....	142
1.1 Beim minderjährigen Kind .....	142
1.2 Bei Verbeiständung des minderjährigen Kinds .....	142
1.3 Beim volljährigen Kind .....	142
1.4 Exkurs: Vor Volljährigkeit fällig gewordene Unterhaltsbeiträge .....	143
2. Exkurs: Beitragspflicht und Besuchsrecht.....	144
3. Dauer der Beitragspflicht .....	145
3.1 Regel- und Ausnahmefall .....	145
3.2 Volljährigkeit .....	146
a Erlangen .....	146
b Herabsetzung von 20 auf 18 Jahre .....	146
3.3 Vor dem 1. Januar 1996 festgelegte Unterhaltsbeiträge .....	146
3.4 Beendigungsgründe.....	147
a Tod des Unterhaltsberechtigten oder Verpflichteten .....	147
b Exkurs: Nachrichtenlosigkeit beim Verpflichteten.....	148
c Adoption des Unterhaltsberechtigten.....	148
4. Veränderungen der Lebensumstände und ihre Auswirkungen auf die Beitragspflicht .....	149

4.1	Einleitende Bemerkungen .....	149
4.2	Verlängerung infolge nicht abgeschlossener Erstausbildung .....	149
4.3	Exkurs: Ausbildung .....	150
a	Begriff .....	150
b	Ausbildungsplan .....	151
c	Unterbruch und Abbruch .....	152
d	Ordentliche Beendigung .....	153
4.4	Verminderung infolge Eigenmittel .....	153
4.5	Verminderung infolge nachträglich entstandener Sozialversicherungsrente .....	155
4.6	Kind lebt ausserhalb des elterlichen Haushalts .....	156
5.	Abreden über Erlass, Stundung, Erfüllung .....	157
5.1	Zulässigkeit .....	157
5.2	Verfügungsmacht .....	158
5.3	Form .....	158
III.	Spezialfälle .....	159
1.	Unterhaltszahlungen und Jugendsparkonto .....	159
2.	Kindesunterhalt und eherechtliche Beistandspflicht .....	159
3.	Familienzulagen .....	159
<b>Kapitel 9: Der Ehegattenunterhalt im Besonderen .....</b>		<b>161</b>
I.	Einleitende Bemerkungen .....	161
II.	Titulierter Ehegattenunterhalt .....	161
1.	Abtretung, Erlass, Verzicht .....	161
2.	Veränderungen der Lebensumstände und ihre Auswirkungen auf die Beitragspflicht .....	162
2.1	Befristung, Wiederverheiratung, Tod des Unterhaltsberechtigten oder Verpflichteten .....	162
2.2	Wiederaufnahme des Zusammenlebens nach Erlass von Eheschutzmassnahmen .....	163
2.3	Neues Konkubinat .....	164
<b>Teil 3: Probleme und Einzelfragen bei der Durchführung der Inkassohilfe und der Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen .....</b>		<b>165</b>
<b>Kapitel 10: Gütliches Inkasso .....</b>		<b>167</b>
I.	Einleitende Bemerkungen .....	167

II.	Unterhaltsklauseln	167
	1. Auslegung, Erläuterung.....	167
	2. Erscheinungsformen.....	168
	2.1 Bestimmte Unterhaltsbeiträge .....	168
	2.2 Vorbehalte und Verweise auf Art. 277 Abs. 2 ZGB.....	169
	2.3 Nicht individualisierte Unterhaltsbeiträge.....	171
	2.4 Indirekt festgelegte Unterhaltsbeiträge.....	171
	2.5 Bedingte Klauseln .....	172
	2.6 Abreden über ausserordentliche Unterhaltskosten.....	173
	2.7 Abreden über Leistungen an Dritte.....	173
	2.8 Abreden über die Gläubigerstellung bei Unterhaltsbeiträgen nach Volljährigkeit des Kindes .....	174
	3. Ausländische Unterhaltsklauseln.....	175
	3.1 Anwendbares Recht.....	175
	3.2 Exkurs: Deutschland.....	175
III.	Abklärungen über den Pflichtigen	176
	1. Adressnachforschung .....	176
	2. Exkurs: Einwohnerkontrolle.....	176
	3. Betreibungsregisterauszug.....	177
IV.	Einvernehmliche Lösungen	177
	1. Einleitende Bemerkungen .....	177
	2. Dauerauftrag.....	178
	3. Zahlungsvereinbarungen inkl. Schuldanerkennungen.....	178
	4. Lohnzession.....	179
	4.1 Gegenstand und Wirkung .....	179
	4.2 Änderung und Weiterführung.....	180
	5. Exkurs: Abtretung von Arbeitslosentaggeldern.....	181
<b>Kapitel 11: Zivilrechtliche Massnahmen .....</b>		<b>183</b>
I.	Schuldneranweisung	183
	1. Einleitende Bemerkungen .....	183
	2. Voraussetzungen im Einzelnen .....	184
	2.1 Vollstreckbare Beitragsforderung und Vernachlässigung der Zahlungspflicht.....	184
	2.2 Drittschuldner.....	185
	2.3 Anweisungsbetrag .....	186
	2.4 Verhältnismässigkeit .....	186
	2.5 Exkurs: Schuldneranweisung bei selbständig Erwerbenden.....	187

3.	Aktivlegitimation .....	187
3.1	Unterhaltsberechtigte.....	187
3.2	Gemeinwesen .....	188
4.	Prozessuales .....	189
4.1	Zuständigkeiten .....	189
4.2	Rechtsmittel, Umsetzung.....	189
5.	Massnahmen bei Säumnis des Angewiesenen.....	190
6.	Schuldneranweisung und Einkommenspfändung.....	191
7.	Internationale Verhältnisse .....	191
II.	Sicherstellung .....	192
1.	Einleitende Bemerkungen .....	192
2.	Arten und Sicherung der Sicherheitsleistung .....	193
3.	Berechnung des Sicherstellungsbetrages .....	194
4.	Umsetzung.....	194
4.1	Betreibung.....	194
4.2	Sicherstellung und Schuldneranweisung .....	195
5.	Exkurs: Vorsorge- und Freizüigkeitsleistungen.....	195
III.	Exkurs: Kinderzusatzrenten, Familienzulagen und Kinderzuschläge nach AVIG .....	197
1.	Einleitende Bemerkungen .....	197
2.	Massnahmen bei Säumnis des Verpflichteten .....	197
<b>Kapitel 12: Das Betreibungsverfahren .....</b>		<b>199</b>
I.	Einleitende Bemerkungen .....	199
II.	Betreibungsort .....	199
1.	Wohnsitz/Aufenthaltort .....	199
2.	Anstaltsaufenthalte .....	200
3.	Flucht des Verpflichteten .....	200
III.	Betreibungsbegehren .....	201
1.	Allgemeiner Inhalt.....	201
2.	Gläubigerbezeichnung.....	201
2.1	Ehegattenunterhalt.....	201
2.2	Minderjährigenunterhalt .....	201
2.3	Volljährigenunterhalt.....	202
3.	Rückstandshöhe, frühere Betreuungskosten, Fremdwährung.....	202
4.	Unentgeltliche Rechtspflege.....	203

5. Exkurs: Betreibungsanhebung beim unzuständigen Amt .....	203
IV. Zahlungsbefehl und Rechtsvorschlag .....	204
1. Zustellung.....	204
2. Erhebung und Wirkung des Rechtsvorschlags .....	204
V. Besonderheiten des Rechtsöffnungsverfahrens .....	206
1. Zuständigkeiten .....	206
1.1 Nationale Verhältnisse.....	206
1.2 Internationale Verhältnisse .....	206
2. Einleitung und kantonale Unterschiede.....	206
3. Rechtsöffnungstitel.....	208
3.1 Erscheinungsformen.....	208
3.2 Spezialfall: Verlustschein .....	208
4. Verhandlungs- und Untersuchungsmaxime.....	209
5. Einwendungen des Verpflichteten.....	210
5.1 Im Allgemeinen .....	210
5.2 Tilgung oder Forderungsuntergang .....	210
6. Beweislast .....	211
7. Beweismittel.....	212
8. Verfahrenskosten und Entschädigungen .....	213
9. Vollstreckbarkeit, Rechtsmittel .....	213
10. Exkurs: Aberkennungsklage.....	214
11. Exkurs: Negative Feststellungsklage.....	214
VI. Fortgang der Betreibung .....	215
1. Fortsetzungsbegehren .....	215
2. Kursschwankungen und Fremdwährungen .....	216
3. Die Pfändung.....	216
3.1 Feststellen der finanziellen Verhältnisse .....	216
3.2 Bestimmung der pfändbaren Quote .....	216
3.3 Einkommenspfändung.....	217
3.4 Exkurs: stille Lohnpfändung .....	218
3.5 Nichtablieferung von gepfändeten Lohnbeträgen.....	218
3.6 Pfändung von Vorsorge- und Freizügigkeitsleistungen .....	219
4. Privilegierter Pfändungsanschluss.....	219
4.1 Personenkreis und Anwendungsbereich .....	219
4.2 Benachrichtigung durch das Betreibungsamt .....	220
4.3 Klageverfahren .....	221

4.4 Erfahrungen im Inkassobereich .....	222
5. Pfändungsverlustschein .....	222
VII. Arrest .....	223
1. Voraussetzungen .....	223
2. Prozessuales .....	224
3. Vollzug, Prosequierung, Wirkung .....	225
VIII. Konkurs .....	226
1. Besonderheiten .....	226
2. Bewirtschaftung von Konkursverlustscheinen .....	227
2.1 Rechtsvorschlag .....	227
2.2 Feststellungsverfahren .....	228
2.3 Kritik an der Einrede von Art. 265a Abs. 1 SchKG .....	229
IX. Exkurs: Pfändungsverlustschein gegen einen erbenden Verpflichteten .....	230
1. Benachteiligter Verpflichteter verlangt im Erbfall keine Herabsetzung .....	230
2. Pflichtiger verlangt die Herabsetzung, verhält sich im Verfahren aber zum Nachteil der Unterhaltsberechtigten .....	231
<b>Kapitel 13: Strafrechtliche Massnahmen .....</b>	<b>233</b>
I. Einleitende Bemerkungen .....	233
II. Straftaten der Verpflichteten .....	235
1. Vernachlässigung von Unterhaltspflichten .....	235
1.1 Geschützte Ansprüche .....	235
1.2 Tatbestandsmässiges Verhalten .....	236
1.3 Teilnahme .....	238
1.4 Strafantrag .....	238
a Beginn und Ende der Antragsfrist .....	238
b Antragsrecht des Gemeinwesens .....	239
c Rückzug .....	240
d Kritik an der heutigen Ausgestaltung des Antragsrechts .....	240
2. Betreibungsdelikte .....	241
III. Straftaten der Gesuchstellenden .....	242
1. Betrug .....	242
1.1 Tatbestandsmässiges Verhalten .....	242
1.2 Exkurs: Täuschen durch Verletzung der Meldepflicht .....	243
1.3 Konkurrenz: Urkundendelikte .....	245
2. Kantonale Übertretungstatbestände .....	247
3. Anzeigerecht und Anzeigepflicht der Behörden .....	247

**Teil 4: Die Darstellung der Alimentenbevorschussung  
am Beispiel des Kantons Zürich..... 249**

<b>Kapitel 14: Die Bevorschussung nach § 23 ff. KJHG.....</b>	<b>251</b>
I. Einleitende Bemerkungen	251
II. Ausgestaltung	251
1. Gesetzliche Grundlagen .....	251
2. Terminologie .....	251
III. Voraussetzungen (§ 34 AlimV)	252
1. Vernachlässigung der Beitragspflicht.....	252
2. Exkurs: Schriftliche Unterhaltsvereinbarungen zwischen dem volljährigen Kind und seinen Eltern .....	252
3. Bedürftigkeit .....	253
4. Kein Aufenthalt des Kindes im Ausland (§ 22 Abs. 1 KJHG) .....	253
4.1 Ratio legis.....	253
4.2 Auslandsaufenthalte infolge Ferien oder Freizeit .....	254
a Minderjährige .....	254
b Volljährige.....	254
4.3 Auslandsaufenthalte infolge Krankheit .....	254
5. Kein gemeinsamer Haushalt des unterhaltsberechtigten Kindes mit dem Verpflichteten (§ 22 Abs. 2 KJHG).....	254
IV. Geltendmachung des Anspruchs (§ 10 ff. AlimV)	255
1. Zuständigkeiten, Wohnsitz (§ 23 Abs. 2 KJHG).....	255
2. Wohnsitzwechsel innerhalb des Kt. Zürich (§ 32 AlimV) .....	255
3. Exkurs: Organisation der Stadt Zürich .....	256
4. Gesuchstellung .....	256
4.1 Parteien.....	256
4.2 Ablauf und Mitwirkungspflichten .....	256
4.3 Erweiterte Sachverhaltsabklärungen .....	257
4.4 Umfang und Wirkung.....	257
5. Entscheid und Überprüfung (§ 15 AlimV).....	258
V. Bestimmung des Bevorschussungsbetrags	258
1. Berechnungsfaktoren und Höchstbetrag.....	258
2. Massgebender Zeitpunkt (§ 16 AlimV).....	259
3. Massgebende Personen (§ 18 AlimV) .....	259
3.1 Personen, die im gleichen Haushalt leben .....	259



3.2	Volljähriger mit eigenem Haushalt.....	260
3.3	Fremdplatziertes, minderjähriges Kind .....	260
4.	Vermögen (§ 19 und § 23 AlimV) .....	261
4.1	Stichtag, Anrechenbarkeit .....	261
4.2	Obergrenzen, Freibetrag und Vermögensverzehr .....	261
4.3	Einzelfragen .....	262
a	Hypothekarschulden und andere Schulden .....	262
b	Geschäftsvermögen von Selbständigerwerbenden .....	262
c	Unterstützungen, Schenkungen .....	263
d	Illiquide Vermögenswerte .....	263
e	Ausserordentlich hoher Vermögensverzehr .....	263
5.	Anerkannte Lebenskosten / anrechenbare Einnahmen (§ 20 ff. AlimV) ..	264
5.1	Ansätze .....	264
5.2	Erwerbseinnahmen und übrige Einnahmen .....	264
6.	Einzelfragen .....	265
6.1	Rückwirkend ausbezahlte Geldleistungen .....	265
6.2	Hypothekarzinsen .....	265
6.3	Sonderfälle (§ 17 AlimV) .....	265
VI.	Verwendung eingehender Zahlungen (§ 37 AlimV) .....	266
VII.	Rückerstattung (§ 27 Abs. 2 KJHG) .....	267
1.	Gesetzliche Ausgestaltung .....	267
2.	Verjährung (§ 31 AlimV) .....	267
2.1	Fristen .....	267
2.2	Rechtsfolgen bei nachträglich offenkundiger Unrechtmässigkeit .....	268
2.3	Rechtsfolgen bei heimlicher Unrechtmässigkeit .....	268
2.4	Spezialfall: Rückerstattung während laufender Sozialhilfe .....	269
VIII.	Prozessuales .....	269
1.	Form und Inhalt der Entscheide .....	269
2.	Rechtsmittel .....	270
2.1	Kanton .....	270
2.2	Stadt Zürich .....	271
2.3	Verfahren .....	271
IX.	Exkurs: Überbrückungshilfen (§ 24 KJHG) .....	272
1.	Gesetzliche Ausgestaltung .....	272
2.	Voraussetzungen (§ 38 AlimV) .....	273
3.	Ausrichtungsdauer (§ 39 AlimV) .....	273
X.	Einzelfragen und Bemerkungen .....	274

1. Konkurrenz zweier unterstützender Gemeinwesen .....	274
2. Gesuchstellung bei Fremdplatzierung und gemeinsamer elterlicher Sorge und Obhut.....	274
3. Bemerkungen zur Gesetzesrevision vom 1. Januar 2013 .....	275
<b>Sachregister.....</b>	<b>277</b>